

Schweiz

FDP: Krach um die Grossbanken

Bei der Regulierung der grössten Schweizer Banken ist sich die Wirtschaftspartei uneinig. Die Bankenlobby scheint sich einmal mehr durchzusetzen.

Von Arthur Rutishauser

Manchmal ist auch in der Politik der Fussball wichtiger als das Alltagsgeschäft. So etwa am letzten Montag, als es in der Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK) um das Problem der Risiken der Grossbanken ging. Die Diskussion war auf den späteren Nachmittag angesetzt, genau zum Zeitpunkt, als die Schweiz ihr Spiel gegen Chile startete.

Diskutiert werden sollte die Motion von FDP-Nationalrat Philipp Müller, welche vom Bundesrat griffige Vorschläge zur Lösung des sogenannten «Too big to fail»-Problems verlangt. Damit soll verhindert werden, dass in der nächsten Finanzkrise wieder eine Grossbank vom Staat gerettet werden muss. Im Nationalrat wurde diese Motion mit 176 zu 1 durchgewunken, als es darum ging, die Stimmen der Skeptiker aufseiten der SVP für den Staatsvertrag mit den USA zu gewinnen.

Die Krux am «Too big to fail»-Problem gemäss den Linken: Zwar beteuern alle, dass etwas geschehen muss, doch bei der Frage, was, da scheiden sich die Geister, und man schiebt das Thema am liebsten auf die lange Bank. So geschah dies auch in der WAK des Ständerats. Von den 13 Mitgliedern waren zum Abstimmungszeitpunkt noch 8 anwesend, und die entschieden dank den Stimmen der Mitteparteien mit 4 zu 4 und Stich-

entscheid des Vizepräsidenten, CVP-Mann Konrad Graber, auf die Motion vorläufig nicht einzutreten. Dann war Fussball angesagt.

Der Match war natürlich nicht der einzige Grund für die Verschiebung. Aufseiten der Grossbanken geht es um Milliarden Gewinne, die infrage gestellt sind, wenn die Geschäftstätigkeit eingeschränkt wird. UBS-Chef Oswald Grübel sagte letzte Woche im «Tages-Anzeiger», es könnten Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, wenn zu scharf reguliert würde. In Einzelgesprächen warnen Lobbyisten die Parlamentarier vor ähnlichen Schreckenszenarien.

Die Euphorie ist weg

Wovor haben die Banken Angst? Einerseits brauchen sie für ihre Geschäfte - je nach Ergebnis der Debatte - bis zu 100 Milliarden Franken neues Aktienkapital. Weiter sollen, und das ist eine gemeinsame Forderung von SVP und SP, die Grossbanken so organisiert werden, dass notfalls Tochtergesellschaften im Ausland in den Konkurs geschickt werden können, ohne dass die ganze Bank ins Wanken kommt und der Staat eingreifen muss. Das kommt praktisch der Holdingstruktur gleich, die SVP-Strategie Christoph Blocher zusammen mit SP-Präsident Christian Levrat vor Jahresfrist vorgeschlagen hatte.

Ein wichtiger Vorentscheid, wie die Regulierungen aussehen sollen, fällt eine Expertengruppe unter Leitung von Finanzdirektor Peter Siegenthaler. Diese hat im Mai einen Zwischenbericht vorgelegt, der einige griffige Massnahmen enthielt, insbesondere auch den Vorschlag, ausländische Tochtergesellschaften der Banken so weit mit Kapital zu unterlegen, dass sie ohne Garantien der Schweizer Muttergesellschaft auskommen. Doch inzwischen ist man nicht mehr so euphorisch. Im Gesetzestext, der bisher vorliegt, geht es laut Informationen des «Tages-Anzeigers» nicht mehr um eine faktische Holdingstruktur, sondern einfach noch darum, das risikogewichtete Kapital (genannt Tier 1) auf gegen 16 Prozent zu steigern. Dies soll damit erreicht werden, dass ein Teil der Obligationen so ausgestattet werden soll, dass sie in einem Krisenfall automatisch in Aktienkapital gewandelt werden müssen.

Auch bei der Politik tönt es nicht mehr so entschlossen wie auch schon. Rolf Schweiger, bankennaher FDP-Ständerat, gibt zu bedenken, dass man die Vor- und Nachteile einer strengeren Regulierung abwägen müsse. Hinter den Kulissen ist auch zu hören, dass die FDP-Fraktionschefin Gabi Huber bremsend und lieber weniger Regulierungen für Kleinunternehmen durchsetzen will als neue Regeln für die Grossbanken.

Etwas im Regen steht FDP-Nationalrat Philipp Müller, der mit seiner Motion die SVP-Stimmen für den Staatsvertrag sicherte. Er fürchtet um seine Glaubwürdigkeit, denn bereits im Frühling wurden er und der Gewerbeflügel der FDP in Sachen Weissgeldstrategie ausgebremst. Es droht eine Neuauflage des Partei-Krachs. Schwierig ist die Sache auch für Christoph Blocher, der mit seinem Zickzackkurs beim Staatsvertrag in der SVP unter Beschuss steht. Er droht nun mit einer Volksabstimmung: «Wenn man nur die Eigenmittelvorschriften erhöht, dann reduziert man zwar das Risiko, aber man löst das Problem des «too big to fail» nicht. Es braucht zwingend einen Weg, wie man ausländische Tochtergesellschaften in Konkurs gehen lassen kann.»

Kommentar Seite 2

Managerlöhne

«Eine Riesenwut im Volk»

SP, Grüne und Gewerkschaften wollen die Diskussion um eine Banken- und Boni-Regulierung vorantreiben. In der Sommersession des Parlaments war die Linke unterlegen: «Die bürgerliche Mehrheit hat sich geweigert, dem Grössenwahn und der Masslosigkeit des Finanzplatzes einen Riegel zu schieben», sagte SP-Präsident Christian Levrat gestern vor den Medien. «Wir spüren eine Riesenwut im Volk.» Das Spiel sei aber noch nicht zu Ende. Die Linke setzt nun auf Volksinitiativen. Diverse Projekte sind auf Kurs, so die Steuergerechtigkeits- und die Mindestlohn-Initiative. Hinzu kommen soll eine eigene Abzocker-Initiative: Die Gewerkschaft Unia beschloss diese Woche, das Projekt zusammen mit anderen Gewerkschaften in Angriff zu nehmen. Der genaue Inhalt ist noch offen. Denkbar sei eine Fortsetzung der Progression bei der Bundessteuer auch für Millionengehälter, sagte Unia-Co-Präsident Andreas Rieger. Heute höre die Progression bei 700 000 Franken auf - ohne guten Grund. Die Einnahmen sollen an die Bevölkerung gehen, etwa über die Sozialversicherungen. In Betracht zieht die Linke auch eine Boni-Steuer: Unternehmen müssten demnach hohe Boni als Gewinn versteuern. (SDA)



«Die Schweizer Wirtschaft braucht grosse Banken, um der Wirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen.»

Rolf Schweiger, FDP



«Man muss sich notfalls gegen den Willen der Banken durchsetzen. Sonst muss man eine Volksinitiative lancieren.»

Christoph Blocher, SVP



«Ich erwarte, dass die FDP-Ständeräte meine Vorschläge griffig unterstützen. Es geht um die Glaubwürdigkeit.»

Philipp Müller, FDP